

## Baukonjunkturelle Lage:

### Bauindustrie: Baujahr 2020 im Zeichen von Corona

Weitz / Stand: 27.05.2020

**Ab Mitte März 2020 haben sich die Auswirkungen der Corona-Epidemie mit voller Wucht in der deutschen Wirtschaft bemerkbar gemacht. Auch die Bauwirtschaft wird teilweise betroffen sein. Ausbleibende Materiallieferungen, Verdachtsfälle oder Erkrankungen in den Belegschaften, Stornierungen von Aufträgen und Hygienevorschriften bremsen die Produktion. Eine Prognose für das Bauhauptgewerbe im laufenden Jahr ist daher zum jetzigen Zeitpunkt problematisch.**

Zu Beginn des Jahres 2020 standen für das deutsche Bauhauptgewerbe noch alle Ampeln auf grün. Im Vorjahr legte der Auftragseingang in der Branche um 8,2 % zu, obwohl bereits 2018 ein zweistelliges Wachstum verzeichnet wurde. Auch der Auftragsbestand erreichte Ende 2019 einen neuen Rekordwert von 52 Mrd. Euro. Entsprechend positiv waren die Erwartungen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten zur Jahreswende für 2020 ein reales Wachstum der Bauinvestitionen von knapp 3 %, der Hauptverband erwartete für das Bauhauptgewerbe ein Umsatzplus in der Größenordnung von nominal 5,5 %, preisbereinigt von 1,5 %.

Allerdings wird die Corona-Krise auch bei der - bislang noch relativ stabilen - Bauwirtschaft ihre Spuren hinterlassen. Selbst wenn die derzeitigen Lockerungen im Alltag und im Wirtschaftsleben beibehalten werden und es nicht zu einem erneuten partiellen Lockdown in der Wirtschaft kommt, wird das reale Bruttoinlandsprodukt stark zurückgehen. Die Größenordnung dürfte in etwa auf dem Niveau der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009 liegen, als die Wirtschaftsleistung in Deutschland real um 5,6 % schrumpfte.

Es wird entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt - auch mit Hilfe der derzeit geplanten Konjunkturprogramme - die deutsche Wirtschaft wieder „ans Laufen zu bringen“. Es darf nicht vergessen werden, dass die deutsche Industrie bereits seit Sommer 2018 in eine Rezession abgeglitten ist. Der „Neustart“ dürfte daher vor allem für das Verarbeitende Gewerbe langwierig und schwierig sein.

Die Bauwirtschaft erweist sich derzeit noch als relativ stabil. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ging die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im 1. Quartal preisbereinigt um 6,4 % zurück, während sie im Baugewerbe noch um 4,0 % zulegte. Seit April zeigen sich aber auch im Baugewerbe Produktionsbehinderungen.

Der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe stieg von Januar bis März nominal um 12,4 %, real um 8,8 %. Allerdings macht das erste Quartal nur 17 % des Jahresumsatzes aus. Der Auftragseingang legte im gleichen Zeitraum nominal um 1,0 % zu, real war es ein Rückgang um 2,2 %. Das Volumen in Euro war der höchste Wert seit Beginn der gesamtdeutschen Erhebungen im Jahr 1991. Bei der Bewertung muss aber in Betracht gezogen werden, dass ein Teil dieser Aufträge storniert werden kann. Der Anteil der Firmen des Bauhauptgewerbes, der in der ifo Konjunkturumfrage eine Behinderung der Bautätigkeit durch Stornierungen meldet, hat sich von Januar bis Mai 2020 von 3,4 auf 10,9 % verdreifacht.

## Umfrageergebnisse ifo und HDB

Die Corona-Krise hat natürlich auch die Stimmung in der Baubranche eingetrübt. Laut der ifo-Konjunkturumfrage im Mai wurde die aktuelle Geschäftslage im Bauhauptgewerbe per Saldo noch positiv eingeschätzt. Bei den Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate gab es allerdings gegenüber dem Vorjahr einen drastischen Rückgang: 39 % der antwortenden Firmen erwarteten eine ungünstigere Entwicklung (April: 44 %).

Gleichzeitig führt die BAUINDUSTRIE eigene Umfragen durch. Die vierte fand vom 13. bis 20. Mai statt. Daran haben 370 Personen teilgenommen. Die wichtigsten Ergebnisse:

- 59 % (220 Unternehmen) haben geantwortet, dass sie durch die Auswirkungen des Corona-Virus in ihrer Leistungserbringung behindert sind. Dabei sagen weiterhin drei Viertel, dass die Auswirkungen geringfügig seien.
- Die Hälfte der (220) betroffenen Bauunternehmen klagt über geringere Nachfrage bzw. fehlende Ausschreibungen. Der Anteil derer, die über Stornierungen klagen, ist auf ein Drittel gestiegen. Von Baustellenschließungen waren allerdings nur 15 % betroffen.
- 27 % meldeten Einschränkungen durch fehlende Materiallieferungen, 19 % einen hohen Krankenstand im eigenen Unternehmen bzw. bei Subunternehmen (12 %).
- 47 % klagten über Leistungseinschränkungen durch Gesundheitsschutz- bzw. Hygienemaßnahmen sowie einen deutlich höheren Organisationsaufwand (70 %) durch Home-Office, Abstand halten etc.
- 61 % meldeten, dass Kommunen Entscheidungen zu Bauvorhaben, Bebauungsplänen und Schaffung von Planungsrecht derzeit Corona-bedingt aussetzen. 65 % können jetzt schon absehen, dass sich Bauvorhaben Corona-bedingt verzögern werden.
- 37 % aller Umfrageteilnehmer gehen davon aus, dass ihr Umsatz 2020 in Vergleich zum Vorjahr um mehr als 5 % zurückgehen wird. 21 % erwarten einen Rückgang von bis zu 5 %, 28 % keine Veränderung und 14 % einen Umsatzanstieg.
- Der Großteil der Befragten (74 %) plant, ihren Personalbestand 2020 unverändert zu lassen, 13 % eine Reduzierung. 14 % wollen allerdings die Zahl der Beschäftigten ausweiten.

**Unsere Erwartungen vom Jahresbeginn müssen vor diesem Hintergrund revidiert werden. Eine exakte Prognose ist derzeit angesichts der Unsicherheiten äußerst problematisch. Wir gehen aber mit Stand Ende Mai davon aus, dass es im Bauhauptgewerbe gelingt, das nominale Umsatzniveau des Vorjahres von 135 Mio. Euro zu halten. Bei rückläufigen Preissteigerungsraten würde dies einen realen Produktions- und Umsatzrückgang von 3 % bedeuten. Dennoch würde sich die Bauwirtschaft damit als konjunkturelle Stütze erweisen. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt 870.000 Beschäftigte und damit ebenfalls eine Stagnation auf dem Vorjahresniveau.**

## Bausparten

Der **Wohnungsbau** dürfte noch am besten durch die Krise kommen. Zwar legte die Zahl der genehmigten Wohnungen im Vorjahr mit 4 % nur verhalten zu, allerdings hat sich in den vergangenen Jahren ein Überhang von mehr als einer halben Million genehmigter, aber noch nicht fertiggestellter Wohnungen aufgestaut. Der Druck auf die Wohnungsmärkte, gerade in den Ballungsgebieten und ihrem jeweiligen Umland, wird sich zudem trotz der Corona-Krise nicht abschwächen.

Im Bereich des Wohneigentums, also der Ein- und Zweifamilienhäuser bzw. selbstgenutzter Eigentumswohnungen, kann es aufgrund von Arbeitsplatzunsicherheiten zu einer schwächeren Nachfrage kommen, die sich produktionsseitig vermutlich aber erst 2021 niederschlagen wird. Im Mietwohnungsbau hingegen dürfte die Nachfrage stabiler bleiben. So bezeichnet das Forschungsinstitut empirica Deutschland als langfristig sicheren Hafen für Kapitalanleger im Wohnungsbau. Zudem könnte es aufgrund der weltweiten Konjunkturkrise durch Corona wieder zu einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften aus Südeuropa nach Deutschland kommen, wodurch die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin hoch bleiben wird.

Im 1. Quartal legte die Zahl der genehmigten Wohnungen im Neubau noch um 4 % zu. Der Auftrags-  
eingang im Bauhauptgewerbe in dieser Sparte stieg um 11,0 %, der nominale Umsatz um 15,4 %.

**Produktionsseitig erwarten wir - vor allem im Ausbaugewerbe - für 2020 eine Unterbrechung des steilen Aufwärtspfades im Wohnungsbau. Wir gehen für das Bauhauptgewerbe noch von einem nominalen Umsatzwachstum von 2,5 % in dieser Bausparte aus, real wäre dies ein leichter Rückgang. Nachdem wir im vergangenen Jahr etwa 300.000 Wohnungen fertiggestellt haben dürften, liegen unsere Erwartungen für 2020 in einer Bandbreite von 280.000 bis 300.000 Wohnungen.**

Der **Öffentliche Bau** kam im bis 2019 anhaltenden Bauaufschwung nur spät in Gang. Dies war vor allem auf die Zurückhaltung der Kommunen zurückzuführen, auf die mehr als die Hälfte der öffentlichen Bauausgaben entfallen. Eigentlich hatten die Städte und Gemeinden für das laufende Jahr geplant, ihre Ausgaben für Baumaßnahmen zweistellig auszuweiten. Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzungen machen dies unmöglich. Danach sollen die kommunalen Steuereinnahmen im laufenden Jahr - vor allem durch wegbrechende Gewerbesteuern - um 12,7 Mrd. Euro bzw. 11 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Vor allem bei hoch verschuldeten Gemeinden schränkt dies die Investitionsfähigkeit deutlich ein.

Zwar werden auch Bund und Länder mit erheblich geringeren Steuereinnahmen auskommen müssen. Allerdings ist die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für 2020 aufgehoben worden, um die fehlenden Einnahmen durch eine Neuverschuldung ausgleichen zu können. Deshalb erwarten wir, dass bei Bund und Ländern die Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr wie geplant leicht zulegen werden.

Eine besondere Problemlage verzeichnen wir im Straßenbau. Hier sind bereits im Vorjahr die Auftrags-  
eingänge nur noch um nominal 3,9 % gestiegen, waren somit preisbereinigt sogar rückläufig. Diese Lage hat sich im 1. Quartal 2020 mit einem nominalen Auftragsrückgang von 13,1 % noch verschärft. Wir führen dies darauf zurück, dass beim Bau von Bundesfernstraßen der Übergang von der Auftrags-  
verwaltung der Länder auf die Autobahn GmbH des Bundes nicht reibungslos verläuft. Zudem mehren sich Meldungen unserer Mitgliedsfirmen, wonach auf Landes-, vor allem aber auf kommunaler Ebene, Ausschreibungen in der Erwartung sinkender Preise aufgehoben werden bzw. erst gar nicht an den Markt kommen.

Wir haben allerdings gegenüber der Politik sehr deutlich gemacht, dass die Corona-bedingten Mehrausgaben nicht zu einer Kürzung der Investitionen führen dürfen. Erhalt und Ausbau der gesamten staatlichen Infrastruktur (Verkehr, vorschulische und schulische Bildung, Gesundheitswesen, Ver- und -entsorgung) sind unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass Deutschland - wie bereits 2010 - die Konjunkturkrise relativ zügig und nachhaltig überwinden kann.

Dazu benötigen wir allerdings kurzfristig einen positiven Entscheid über die Einrichtung eines „kommunalen Rettungsschirms“, mit dem die Investitionstätigkeit gerade in den hoch verschuldeten Kommunen zumindest annähernd stabilisiert werden kann. Wir haben in den beiden Konjunkturprogrammen der Jahre 2008 und 2009 gelernt, wie lange es dauert, bis ein Investitionsimpuls des Bundes auf kommunaler Ebene in Baumaßnahmen umgesetzt wird. Deshalb sind kurzfristige Maßnahmen vonnöten. Der Vorschlag des Bundesfinanzministers, den Kommunen die Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu erstatten, führt in die richtige Richtung.

Im 1. Quartal legte das Volumen der Genehmigungen im Nichtwohnungshochbau (veranschlagte Baukosten) für öffentliche Auftraggeber noch um 32,5 % zu. Der gesamte Auftragseingang (inklusive des öffentlichen Tiefbaus) im Bauhauptgewerbe ging um nominal 7,5 % zurück, der Umsatz stieg hingegen noch um 14,6 %.

**Wir sind zuversichtlich, dass man auf Bundes- und Länderebene die Nöte der Kommunen erkennt, ernst nimmt und zielgerecht handelt. Unter dieser Voraussetzung erscheint eine nominale Stagnation des Umsatzes im öffentlichen Bau des Bauhauptgewerbes gegenüber dem Vorjahr möglich. Real würde dies einen Rückgang in der Größenordnung von 3 % bedeuten.**

Am deutlichsten betroffen wird von der Corona-Krise im laufenden Jahr der **Wirtschaftsbau**. In der letzten großen Wirtschaftskrise 2009 wirkten die Bauinvestitionen der Dienstleistungsbereiche noch stabilisierend. Dies wird so im laufenden Jahr nicht eintreten. Schließlich sind viele Dienstleister, die auf direkten Kundenkontakt angewiesen sind, von der wochenlangen Schließung und anschließend zaghafte Wiedereröffnung besonders hart getroffen worden. Ihre Investitionsfähigkeit und -bereitschaft hat dadurch einen starken Dämpfer erhalten, der sich vermutlich noch in das Jahr 2021 erstrecken wird.

Noch stärker betroffen wird im laufenden Jahr die Industrie sein, die schon seit Jahren unser „Sorgenkind“ ist. Trotz des langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs lagen im Verarbeiten Gewerbe die Investition in Neubauten 2018 preisbereinigt um 8 % niedriger als 2015, während in der Gesamtwirtschaft im gleichen Zeitraum ein Wachstum von 8 % zu verzeichnen war. Angesichts der Konjunkturschwäche in der Industrie dürfte sich an dieser Tendenz 2019 nichts geändert haben.

Für das laufende Jahr erwarten die Branchenvertreter der Industriebereiche einen preisbereinigten Produktionsrückgang im zweistelligen Bereich. Wie stark dies auf die inländische Investitionstätigkeit durchschlagen wird, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, durch Maßnahmen wie Sonderabschreibungen oder Investitionszulagen die Investitionen zumindest einigermaßen zu stabilisieren.

Ein Lichtblick könnten die volumenmäßig bedeutsamen Bauinvestitionen der Ver- und Entsorgungsunternehmen sein. Es spricht viel dafür, dass sich deren nahezu ausschließlich über Gebühren finanzierte Investitionen 2020 dem allgemeinen Abwärtstrend entziehen können. Auch einzelne Dienstleistungsbereiche wie Verkehr und Lagerei oder Kommunikationsdienstleister könnten ihre Bautätigkeit im laufenden Jahr stabil halten.

Im Wirtschaftstiefbau dürfte die Deutsche Bahn AG - der wichtigste Auftraggeber in diesem Segment - 2020 ihre Investitionen relativ stabil halten. Diese werden zu einem großen Teil aus Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Im laufenden Jahr stellt der Bund mit 6,6 Mrd. Euro gut 5 % mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Ob die eigenfinanzierten Investitionen der DB AG wegen wegbrechender Fahrgastzahlen und damit einhergehenden Verlusten in voller Höhe aufrecht erhalten werden kann, bleibt dagegen abzuwarten.

Im 1. Quartal legte das Volumen der Genehmigungen im Nichtwohnungshochbau (veranschlagte Baukosten) für private Auftraggeber noch um 15,4 % zu. Der gesamte Auftragseingang (inklusive des Wirtschaftstiefbaus) im Bauhauptgewerbe stieg noch um nominal 3,1 %, der Umsatz um 9,3 %.

**Alles im allem ist davon auszugehen, dass der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe im Wirtschaftsbau 2020 um nominal 3 % zurückgehen dürfte. Dies ist der erste Rückgang seit den konjunkturellen Krisenjahren 2009 und 2010. Real entspricht dies einem Produktionsminus von rund 6 %.**

### **Beschäftigung und Kapazitäten werden weiter ausgebaut**

Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung im Jahr 2009 mit jahresdurchschnittlich 705.000 Erwerbstätigen haben die Firmen des deutschen Bauhauptgewerbes deren Zahl bis 2019 auf 870.000 erhöht. Dies ist immerhin ein Zuwachs um gut 23 %. Dieser Erfolg ist umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass im gleichen Zeitraum etwa 180.000 Erwerbstätige in den Ruhestand gegangen sind. Im Dezember 2019 ist der Hauptverband noch davon ausgegangen, dass auch für 2020 mit einer weiteren Personalaufstockung auf rund 885.000 Erwerbstätige zu rechnen sei. Derzeit ist aber eher davon auszugehen, dass die Bauunternehmen versuchen werden, ihre Beschäftigtenzahl zu halten. Dies würde bedeuten, dass lediglich der Abgang in die Rente ausgeglichen werde, womit die Unternehmen 2020 ca. 20.000 zusätzliche Beschäftigte einstellen müssten.

Dabei fällt allerdings der Rückgriff auf den deutschen Arbeitsmarkt immer schwerer. Die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter mit bauhauptgewerblichen Berufen ist - ebenfalls im Jahresdurchschnitt - zwischen 2008 und 2019 von 58.000 auf 17.000 zurückgegangen. 2019 lag in 6 der 16 Bundesländer die Zahl der gemeldeten offenen Stellen schon höher als die Zahl der Arbeitslosen. Noch problematischer ist die Lage bei den Bauingenieuren. Hier liegt bundesweit bereits seit 2015 die Zahl der offenen Stellen über der der Arbeitslosen. Zum Jahresende 2019 lag die Relation bei zwei zu eins.

Der Weg über die Ausbildung ist nur teilweise erfolversprechend. Zwar ist es gelungen, die Zahl der gewerblichen Auszubildenden im Baugewerbe im ersten Lehrjahr in den vergangenen Jahren - auch durch die Integration Geflüchteter - auf über 14.000 zu steigern. Dies reicht allerdings nicht aus, um die Abgänge in die Rente auszugleichen, auch weil ein Teil der Lehrlinge die Ausbildung nicht beendet.

Die Firmen haben daher vor allem auf den europäischen Bauarbeitsmarkt zurückgegriffen. Der Beschäftigungsaufbau im Bauhauptgewerbe (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) seit 2009 ist zu drei Vierteln auf Erwerbstätige aus anderen Europäischen Ländern zurückzuführen. Deren Anteil an den Belegschaften stieg von 2009 bis 2019 von 8 % auf 20 %. Zusätzlich wird auch wieder verstärkt auf ausländische Subunternehmer zurückgegriffen. Die Zahl der nach Deutschland entsandten Bauarbeiter im Geltungsbereich des Bauhauptgewerbes ist zwischen 2009 und 2019 um 125 % gestiegen.

Ausgebaut wurden auch die Maschinenkapazitäten. Das Baugewerbe hat seine Investitionen in neue Ausrüstungen und Maschinen zwischen 2009 und 2018 preisbereinigt verdoppelt. Die Aufwärtstendenz hat auch 2019 angehalten. Angesichts der Probleme durch die Corona-Pandemie dürften die Investitionen 2020 aber bestenfalls stagnieren.

**Die Firmen des Bauhauptgewerbes haben in den vergangenen 10 Jahren ihre Personal- und Maschinenkapazitäten konsequent ausgebaut. Dies wird sich zumindest im laufenden Jahr wohl nicht fortsetzen. Damit dies danach wieder geschieht, benötigen die Baufirmen Vertrauen in eine langfristig positive Entwicklung der Baunachfrage. Hier sollte die Politik durch eine reale Verstärkung der öffentlichen Bauinvestitionen und die Schaffung geeigneter (steuerlicher) Rahmenbedingungen in Vorleistung gehen.**